Bundespresseamt antwortet zu dringenden Fragen zur Energiewende

geschrieben von Prümm, Limburg | 25. September 2012

Auf Grund der Beschränkungen unseres Webeditors Typo 3 auf einspaltige Darstellung veröffentlichen wir den folgenden Text als Bildfolge. Wir bitten um Verständnis:

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

vor einem Jahr haben Sie die Vorkommnisse in Fukushima zum Anlass genommen, den Ausstieg aus der Kernenergie zu verkünden und eine Energiewende in Deutschland eingeleitet.

Am 28. August findet ein Energiegipfel statt, der angelegt ist, um Rückschau zu halten und dringend notwendige Korrekturen zu initiieren, so jedenfalls lassen Sie verlauten.

`markt intern` beobachtet mit großer Sorge, welche fatalen Auswirkungen Ihr persönlich zu verantwortender Energiewende-Beschluss in Deutschland ausgelöst hat. In der Wirtschaft und bei den Verbrauchern.

Um die Palette der Konsequenzen in einer Zusammenfassung, der keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, vorzulegen und gleichzeitig unserem journalistischen Auftrag einer ungeschminkten Informationsbeschaffung und Verbreitung gerecht werden zu können, legen wir Ihnen nachfolgenden Fragenkatalog vor, um deren kurzfristige Beantwortung wir Sie bitten:

1) Strompreis

Faktenlage:
Im Zuge der Energiewende-Verkündung haben Sie davon gesprochen, den Strompreis für Wirtschaft und Verbraucher nicht anheben zu wollen und die EEG-Umlage bei 3,952 Ct/KWh zu belassen. Dieses Versprechen, so bestätigt es inzwischen selbst Ihr unmittelbares politisches Umfeld, wird nicht zu halten sein. Alle Experten rechnen damit, dass die Bundesnetzagentur am 15. Oktober 2012 zum 1. Januar 2013 eine saftige Erhöhung festsetzen wird. Gerätselt wird derzeit allenfalls über deren Höhe, ob sie bei 5 Cent, bei 8 Cent oder gar bei 10 Cent pro Kilowattstunde festgesetzt wird, wie eine aktuelle Studie der Technischen Universität Berlin prognostiziert.

FRAGE 1)
Was gedenken Sie persönlich zu tun, um Ihre persönliche Zusage von der nicht steigenden EEG-Umlage einzuhalten?

Faktenlage:
Die EEG-Umlage ist seit 2000 von 0,2 Cent je Kilowattstunde auf 3,592 Cent je kWh gestiegen. Im selben Zeitraum hat sich der durchschnittliche Strompreis von 13,9 Cent auf 26,4 Cent je kWh verteuert.

Sehr geehrter Herr Dr. Prümm,

Sie hatten um Beantwortung Ihres Fragenkatalogs zum Thema Energiewende gebeten. Da es sich hierbei um eine Presseanfrage handelt, erhalten Sie Antwort vom zuständigen Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Nachfolgend finden Sie unsere Antworten. Bitte beachten Sie, dass wir grundsätzlich nicht namentlich, sondern als "ein Regierungssprecher" oder "das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung" zitiert werden.

Zu Frage 1):
Das EEG ist ein Erfolgsmodell. Das zeigen auch Vergleiche mit Fördermodellen für erneuerbare Energien in anderen Ländern: Deutschland hat dank des EEG hervorragende Ausbauraten vorzuweisen.
Dennoch ist es richtig, die sich ändernden Bedingungen ständig zu überprüfen und die Förderung anzupassen. So wie wir es in diesem Jahr mit der Korrektur der Förderung der Solarenergie und mit der ab dem 1.1.2012 wirksamen Kürzung der sogenannten Managementprämie getan haben. Es besteht aber

Allein die EEG-Umlage ist folglich für 27,2 Prozent der Strompreissteigerungen in den vergangenen 12 Jahren verantwortlich.

FRAGE: 2) Halten Sie diese Preisentwicklung für vereinbar mit Ihrer persönlichen Zusage vom nicht steigenden Strompreis?

Faktenlage:
Bezahlen müssen diesen Strompreis nahezu ausschließlich die privaten Verbraucher. Denn, die energieintensive Industrie verbraucht fast ein Fünftel des Stroms in Deutschland, trägt aber nicht einmal 0,3 Prozent zur Öko-Strom-Umlage bei.

weiterer Handlungsbedarf. Deswegen hat die Bundesregierung einen Prozess für eine grundlegende Überarbeitung des EEG eingeleitet. Kosteneffizienz und Marktintegration sind dabei wichtige Leitprinzipien.

Zu Frage 2):

Die Bundesregierung hat stets betont, dass die Energiewende ein sehr anspruchsvolles Vorhaben ist, das nicht zum Nulltarif umgesetzt werden kann. Mit dem Energiekonzept haben wir klare Leitlinien und Ziele für die Entwicklung einer umweltverträglichen, sicheren und bezahlbaren Energieversorgung in Deutschland festgelegt.

Alle drei Ziele sind gleichrangig. Das hat auch die Bundeskanzlerin mehrfach betont. Die finanziellen Auswirkungen der Energiewende müssen also für Verbraucher und Wirtschaft vertretbar sein.

Die genaue Entwicklung der EEG-Umlage ist noch nicht bekannt. Sie wird von den Übertragungsnetzbetreibern erst im Oktober bekannt gegeben.

Die Bundesregierung wird in den kommenden Wochen einen Prozess für eine grundlegende Überarbeitung des EEG einleiten und diese Frage mit den Bundesländern eingehend erörtern. Ziel ist dabei, einen verlässlichen Rahmen für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien zu bezahlbaren Preisen zu schaffen.

FRAGE 3) Halten Sie diese Preispolitik für ausgewogen und angemessen?

Faktenlage:
Im Jahr 2011 haben die privaten Haushalte in Deutschland nach Angaben des Branchenverbandes BDEW insgesamt 139,7 Milliarden Kilowattstunden verbraucht. Die EEG-Umlage belief sich 2011 auf 3,592 Cent pro Kilowattstunde. Insgesamt haben die privaten Haushalte rund 4,9 Milliarden Euro an EEG-Umlage bezahlt – netto. Zusätzlich hat der Staat dafür Umsatzsteuer in Höhe von knapp 937 Millionen Euro kassiert. Für das Jahr 2012 ist mit zusätzlichen Einnahmen von rund 955 Millionen Euro zu rechnen.

Zu Frage 3):

S. o.

Für besonders stromintensive Unternehmen, wie in der chemischen oder metallverarbeitenden Industrie, gibt es eine besondere Ausgleichsregelung im EEG (BesAR). Damit soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen, und damit auch Beschäftigung in Deutschland, erhalten werden.

FRAGE 4) Ist diese exorbitant hohe Zusatzeinnahme des Staates im Lichte Ihrer persönlichen Zusage vom nicht steigenden Strompreis angemessen und vertretbar?

Faktenlage:
Sie selbst haben verkündet, dass der Strompreis nicht ansteigen, die EEG-Umlage nicht über den Wert von 3,592 Ct/KWh steigen soll. Nun aber sollen die Stromkunden auch das Risiko des zeitgerechten Anschlusses der Windparks auf hoher See tragen. Dass für das inzwischen gewaltige Problem eine Lösung her musste, ist klar: Wenn den Milliardeninvestitionen die Unwirtschaftlichkeit

Zu Frage 4):

Siehe Antwort zu Frage 2.

Die Bundesregierung plädiert außerdem dafür, Bürgerinnen und Bürger jetzt - d. h. auch gerade vor dem Hintergrund der Energiewende - dort zu entlasten, wo es möglich ist, zum Beispiel durch eine Senkung der Rentenversicherungsbeiträge.

droht, weil der Park zwar Strom liefern könnte, aber der Netzbetreiber Tennet den Netzanschluss nicht pünktlich hinbekommt, dann versiegt der Geldstrom in die Offshore-Windparks. Und dann herrscht bei der Energiewende Flaute.

FRAGE 5)

Ist es mir Ihrem Selbstverständnis von politischer Ehrlichkeit gegenüber dem Wähler zu vereinbaren, dass die Kosten des technischen Anschlusses den (zumeist privaten) Stromverbrauchern ebenfalls aufgebürdet wird?

Faktenlage:

Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen/Berlin stellt fest: „Die Anbindung der Offshore-Windparks, an denen sich auch Stadtwerke beteiligen, ist zwar von großer Relevanz für die Energiewende. Laut Bundesnetzagentur werden aber über 97 Prozent der erneuerbaren Energien auf Verteilnetzebene eingespeist: in Netze, die dafür historisch betrachtet nie gedacht waren und nun einen erheblichen Ausbau- und Modernisierungsbedarf haben. Dieser summiert sich auf über 25 Milliarden Euro in den nächsten Jahren. Ohne diesen Aus- und Umbau wird es immer häufiger zu Zeiten kommen, in denen erneuerbare Energien heruntergeregelt werden müssen, weil die Netze sie nicht mehr versorgungssicher aufnehmen und weiterleiten können" (vgl. Pressemitteilung des Verbandes v. 29.5.2012).

Zu Frage 5):

Der Ende August beschlossene Gesetzesentwurf der Bundesregierung für die Haftung bei Offshore-Anlagen ist ein großer Erfolg für die Energiewende in Deutschland. Denn damit wird eine wichtige Hürde hin zu einem schnelleren Ausbau und Anschluss von Offshore-Windkraft genommen.

Davon profitieren nicht nur die Unternehmen, die in Offshore-Windenergie investieren wollen. Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher können damit rechnen, dass der umweltfreundliche Strom der Offshore-Windparks bei ihnen ankommt.

Die Neuregelung sorgt für eine faire Lastenverteilung. Die Kosten für den Verbraucher und die Verbraucherin werden der Höhe nach begrenzt und der Eigenanteil der Übertragungsnetzbetreiber wird erhöht. Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass der Strom in Deutschland für alle bezahlbar bleibt, für Verbraucherinnen und Verbraucher und für Unternehmen.

Die Neuregelung stellt Kostenkontrolle und Transparenz beim Ausbau der Offshore-Windenergie sicher, da Schadensfälle und Maßnahmen zur Schadensminderung dokumentiert und im Internet veröffentlicht werden. Auch die Kosten und die daraus resultierende Umlage werden transparent gemacht. Zudem ist vorgesehen, dass die Regelungen nach drei Jahren evaluiert und wenn notwendig angepasst werden. Der Gesetzesentwurf soll noch in diesem Jahr in Kraft treten.

FRAGE 6)

Wer soll nach Ihrer Vorstellung den Ausbau der Verteilnetze finanzieren? Soll dies ebenfalls über die EEG-Umlage auf Kosten der Stromverbraucher geschehen?

Faktenlage:
Der Netzbetreiber Tennet hat das ehemalige Höchstspannungsnetz von Eon gekauft und sich offensichtlich beim Ausbau finanziell verhoben. Tennet freilich schiebt die Verzögerungen beim Netzausbau auf den Zulieferer Siemens, RWE weist als Windparkbetreiber die Verantwortung an Tennet. Nun sind alle drei Konzerne zufrieden. Weil's der Staat richtet, wie immer auf dem Rücken der Stromkunden.
FRAGE 6) Werden Sie sich persönlich dafür einsetzen, dass die Haftungsrisiken beim Netzausbau von Offshore- wie Onshore-Windparks nicht zusätzlich auf den Strompreis, etwa über die EEG-Umlage, zu Lasten der Stromkunden umgelegt werden?

Faktenlage:
Die deutsche Wirtschaft verkündet nahezu täglich erheb-

Zu Frage 6):

Die Verteilnetze werden von den Verteilnetzbetreibern gebaut. Die EEG-Umlage finanziert die Einspeisevergütung für Anlagen, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Siehe im Übrigen Antwort auf Frage 5.

liche Einbußen. Fragt man nach, kommt als Begründung regelmäßig auch die Unsicherheit der Energieversorgung und vor allem der unkalkulierbare Strompreis heraus. Hier einige Beispiele:
+++ Selbst ein Unternehmen wie die Metro muss 100 Millionen Euro einsparen und baut europaweit Stellen ab (vgl. Handelsblatt v. 17.7.2012) +++ Neckermann meldet Insolvenz an (vgl. Focus Money v. 18.7.2012) +++ bei Siemens brechen die Aufträge um fast ein Viertel ein (vgl. `spiegel online` v. 26.7.2012 +++ der Nutzfahrzeugbauer MAN verzeichnet einen Auftragsrückgang (vgl. wallstreet online v. 3.5.2012) +++ Daimler verdiente im zweiten Quartal 2012 rund 11 Prozent weniger als im Vorjahr (vgl. BILD v. 27.7.2012) +++ ThyssenKrupp macht Kurzarbeit. Ab August sind 2.170 Mitarbeiter betroffen (vgl. Rheinische Post v. 27.7.2012) +++ RWE plant, in Deutschland bis zu 5.000 Stellen abzubauen (vgl. `spiegel online` v. 17.7.2012) und legt noch einmal mit einem Abbau weiterer 2.400 Arbeitsplätzen nach, die laut Peter Terium vor allem der Energiewende geschuldet sind (vgl. FOCUS money v. 14.8.2012) +++ E.on ist bereits seit Juni 2011 damit befasst, rund 11.000 Arbeitsplätze zu streichen (FTD v. 17.7.2012) +++ Opel streicht 500 Stellen von Führungskräften (vgl. WirtschaftsWoche v. 18.7.2012) +++ Procter & Gamble will 5.700 Stellen weltweit einsparen (vgl. `welt online` v. 24.2.2012) +++ die Deutsche Bank entlässt 2.000 Investment-Banker (vgl. BILD v. 31.7.2012) +++ bei BMW schrumpft der Gewinn gegenüber dem Vorjahresquartal um 28 Prozent (vgl. `spiegel online` v. 1.8.2012) +++ Die Bahn verzeichnet einen Rückgang im Güterverkehr (vgl. BILD v. 27.7.2012) +++ BASF, der weltgrößte Chemiekonzern, gibt bekannt, dass das Ergebnis im zweiten Quartal um 15,5 Prozent zurückgegangen ist (vgl. BILD v. 27.7.2012) +++ der Sportartikelhersteller PUMA verzeichnet einen Gewinneinbruch von 12,8 Prozent und kündigt einen Jobabbau an (vgl. BILD v. 27.7.2012) +++ der Autobauer FORD leidet unter Absatzschwierigkeiten und weitet die Kurzarbeit im Kölner Werk aus (vgl. BILD v. 27.7.2012) +++ Die Ergo-Versicherung streicht bis zu 1.350 Stellen. 650 davon fallen auf den Innendienst (vgl. `Die Welt` v. 27.7.2012).

FRAGE 7)
Sind diese verheerenden Wirtschaftszahlen Anlass für Sie persönlich, die Energiewende-Politik grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen?

Zu Frage 7):
Die Energiewende ist alternativlos, weil sie die richtige Antwort auf die Herausforderung endlicher fossiler Ressourcen und den Klimawandel ist.

Deutschland ist Weltmarktführer in den Umwelttechnologien. Eine aktuelle Studie ("GreenTech made in Germany 3.0" im Auftrag des BMU) sagt: Der Anteil der Umwelttechnologien am deutschen BIP wird von 11 % im Jahr 2011 bis zum Jahr 2025 voraussichtlich auf über 20 % ansteigen. Umwelttechnologien erreichten 2011 weltweit ein Volumen von 2.044 Mrd. EUR. 2025 wird es voraussichtlich mit über 4.400 Mrd. EUR mehr als doppelt so groß sein. Das prognostizierte jährliche Wachstum beträgt damit mehr als 5 Prozent.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind mit einem

Anteil von etwa 90 % die entscheidenden Träger der Green-Tech-Branche. Der Wachstumskurs der Branche trägt auch Früchte auf dem Arbeitsmarkt. Die Autoren der Studie rechnen mit einer Million zusätzlicher Arbeitsplätze bis 2025.

FRAGE 8)
Wie sieht Ihr persönlicher politischer Beitrag aus, die Energiekosten in Deutschland nicht zum Sargnagel der deutschen Wirtschaft werden zu lassen?

Faktenlage:
Peter Schwartze, Präsident des Gesamtverbandes Textil und Mode/Berlin wirft Ihnen vor, „der Gesetzgeber hat die schweren Fehler in der EEG-Systematik nicht beseitigt. Die Energiewende gefährdet den Mode-Standort Deutschland" (vgl. Homepage des Verbandes).

Zu Frage 8):

Die Leitprinzipien der Energiewende sind Bezahlbarkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit. Energie- und wettbewerbsintensive Wirtschaftszweige wie das Produzierende Gewerbe werden bei der EEG-Umlage, den Netzentgelten und bei der Stromsteuer entlastet. Hinzu kommen Förderprogramme, mit deren Hilfe Unternehmen darin unterstützt werden, Energie im Betrieb sparsamer einzusetzen.

Zu den Chancen, die sich mit der Energiewende gleichzeitig für die Wirtschaft ergeben, siehe Antwort auf Frage 7.

FRAGE 9):
Was gedenken Sie persönlich zu unternehmen, um die gesetzlichen Verfehlungen zu beseitigen?

Faktenlage:
Sie persönlich haben im Zuge der Energiewende verkündet, dass bis 2050 80 Prozent der Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien erzeugt werden und in gleichem Verhältnis konventionelle Energiequellen, wie die Kernenergie, sowie die Gas- und Kohleerzeugung zurückgebaut werden sollen (vgl. Homepage des Bundesforschungsministerium unter `Ziele der Energiewende`).Dieses Ziel ist als völlig unrealistisch zu bezeichnen. Ganz aktuell legt die Deutsche Energieagentur/ Dena Zahlen vor, die belegen, dass selbst im Jahre 2050 immer noch 60 Prozent der sicher bereitzustellenden Leistung aus konventionellen Kohle- und Gaskraftwerken kommen muss (vgl. Die Welt v. 23.8.2012). In dem Zusammenhang muss die Forderung der Betreiber von Gas- und Kohlekraftwerken bewertet werden, die für die bloße Bereitstellung der Kraftwerke (sog. Schattenkraftwerke) Kostenersatz in Millionenhöhe fordern.

Zu Frage 9):
Ihre Wertung teilt die Bundesregierung ausdrücklich nicht. Das EEG wurde und wird, wenn erforderlich, an aktuelle Entwicklungen angepasst.

FRAGE 10)
Wer trägt nach Ihrem persönlichen Verständnis diese Kostenlast? Müssen diese Millionenbeträge zusätzlich, etwa über die EEG-Umlage, ebenfalls von den Stromkunden getragen werden?
Faktenlage:
Die Verbraucherzentralen haben ermittelt, dass derzeit allein in NRW 120.000 private Haushalte ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können. Tendenz steigend.

Zu Frage 10):
Siehe oben Antwort auf Fragen 1 und 2.

FRAGE 11)
Was wollen Sie persönlich unternehmen, um den zahlungsunfähigen Privathaushalten künftig eine Stromversorgung zu garantieren?

Zu Frage11):
Für die Bundesregierung bildet der bereits der erwähnte Dreiklang aus Versorgungsicherheit, Umweltfreundlichkeit und Bezahlbarkeit die Maßgabe für die Energiewende. Gleichzeitig ist die Umwandlung unseres Energiesystems ein Infra-

2) Versorgungssicherheit

Faktenlage:
"Die Energieversorgung ist zurzeit auf Kante genäht. Im Februar hätte der Ausfall eines Kraftwerks gereicht – und wir hätten einen Blackout gehabt", sagt Peter Fritz, Vizepräsident des Karlsruher Instituts für Technologie/ KIT (Quelle: IHK Karlsruhe, Pressemitteilung v. Mai 2012).

strukturprojekt von historischer Dimension. Seine Dauer ist auf vierzig Jahre angesetzt. Bei einem Prozess dieser Länge muss Politik offen sein für Nachjustierungen, die aufgrund aktueller Umstände nötig werden können. Für die Möglichkeit des Nachsteuerns hat die Bundesregierung einen Monitoringprozess vorgesehen.

Geringverdiener, die eine hohe Stromrechnung haben, können Energiesparberatungen in Anspruch nehmen, wie zum Beispiel das der Initiative Stromspar-Check und dadurch ihren Energieverbrauch senken. Bundesumweltminister Altmaier hat in seinem 10-Punkte-Plan Energiesparberatung als besonderes Ziel hervorgehoben: "Privaten Haushalten, insbesondere auch einkommensschwachen, soll durch kostenlose Energieberatung geholfen werden, Einsparmöglichkeiten zu realisieren. Nach zurückhaltenden Schätzungen können hier über 30 Prozent Strom gespart werden. Damit ließen sich steigende Strompreise in vielen Fällen ausgleichen."

FRAGE 12)
Wie wollen Sie verhindern, dass bei ähnlichen Konstellationen ein Energie-Blackout in Deutschland ausgeschlossen ist?

Faktenlage:
Die Umsetzung der Energiewende führt in Deutschland zu messbaren Problemen mit Stromunterbrechungen, die wiederum zu Produktionsausfällen führen, beklagt Prof. Dr. Hans-Peter Keitel, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie / BDI
(`Die Welt` v. 30.5.2012).

Zu Frage 12):

Die Schaffung von Kraftwerkskapazitäten ist für die Bundesregierung ein wichtiges Thema. Kurzfristig setzt die Bundesnetzagentur zur Sicherung der Versorgungssicherheit wie im letzten Winter die Praxis der Kontrahierung von Reservekraftwerken fort.

Flankierend hat die Bundesregierung die KWK-Förderung erhöht. Außerdem wurde zum 1. Juni 2012 ein neues Förderprogramm "Kommunale Energieversorgung" gestartet. Gegenstand sind langfristige zinsvergünstigte Finanzierungen für Investitionen kommunaler Unternehmen in den Bereichen Stromerzeugung (Gaskraftwerke), Netzausbau, Energiespeicherung.

Das langfristige Thema "Kapazitätsmechanismen" wird seit einem halben Jahr intensiv unter Einbindung der Bundesländer im BMWi-Kraftwerksforum erörtert.

FRAGE 13)
Wie sieht Ihr persönlicher politischer Beitrag dazu aus, die Stromversorgung der deutschen Wirtschaft sicherzustellen?

Faktenlage:
Aus dem DIHK-Unternehmensbarometer `Energie und Rohstoffe für morgen` geht hervor, dass jeder fünfte Industriebetrieb aus Furcht vor Versorgungsengpässen Aktivitäten ins Ausland verlagert hat oder einen solchen Schritt plant, das stellt DIHK-Präsident Hans Heinrich Driftmann fest (FTD v. 18.1.2012)

Zu Frage 13):

Die Bundesnetzagentur hat mit ihrem "Bericht zum Zustand der leitungsgebundenen Energieversorgung im Winter 2011/ 2012" vom 3. Mai 2012 eine ausführliche Analyse der Versorgungslage vorgelegt sowie verschiedene operative und legislative Maßnahmen vorgeschlagen. Demnach ist die Versorgungslage insbesondere in Süddeutschland angespannt, aber unter Nutzung aller verfügbaren Mittel beherrschbar.

Die Bundesnetzagentur wurde unmittelbar nach Vorlage des Berichts vom BMWi mit der Umsetzung der operativen Maßnahmen beauftragt. Auf dieser Grundlage laufen gegenwärtig u.a. Verhandlungen der Übertragungsnetzbetreiber zur vertraglichen Sicherung von Reservekapazitäten für den Winter 2012/13, die im Herbst abgeschlossen sein werden. Analog zum erfolgreichen Vorgehen im letzten Winter werden hierdurch ausreichend Erzeugungskapazitäten für Engpasssituationen im kommenden Winter gesichert.

Weiterhin prüft das BMWi gegenwärtig gemeinsam mit der Bundesnetzagentur mögliche legislative Maßnahmen einschließlich auch der Möglichkeit von Alternativen.

FRAGE 14)
Was gedenken Sie persönlich politisch zu tun, um diesen Abwanderungstrend deutscher Unternehmen zu stoppen und durch einen bezahlbaren Strompreis dafür zu sorgen, dass deutsche Unternehmen in Deutschland bleiben und dadurch Arbeitsplätze im Inland erhalten?

Zu Frage 14):
Die Stromversorgung in Deutschland zeichnet sich - auch im internationalen Vergleich - nach wie vor durch ein sehr hohes Maß an Versorgungssicherheit aus.
Es hat in den vergangenen Monaten und Jahren erhebliche Steigerungen der Strompreise gegeben, die nicht durch die Energiewende bedingt sind, sondern mit gestiegenen Produktions- und Beschaffungskosten. Der weitere Trend hin zu steigender Nachfrage und steigenden Energiepreisen zeigt, dass der mittelfristige Abschied von den fossilen Energieträgern richtig ist. Zutreffend ist aber, dass in den vergangenen Jahren ein deutlicher Anstieg der EEG-Umlage erfolgt ist.

Faktenlage:
Sie persönlich haben im Zuge der Verkündung des Energiewende-Beschlusses Wirtschaft und Verbrauchern versichert, dass die Abkehr von der Kernenergie zu keiner Zeit zu einer Gefährdung der Versorgung von Energie führen wird.
In der bereits angesprochenen Analyse der Dena wird davor gewarnt, dass der kontinuierlich steigende Energiebedarf bis 2050 nur in einem Umfang von 24 Prozent aus Erneuerbaren Energien sichergestellt werden könne. Der Rest des Energiebedarfes müsse über konventionelle Kraftwerkstechnik in Deutschland erzeugt werden, bzw. aus dem Ausland beschafft werden.

Aber: Für die energieintensive Industrie gibt es ja umfassende Ausnahmen z. B. von der EEG-Umlage (siehe eben). Zugleich lässt der wachsende Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung den Börsenstrompreis sinken - im letzten Jahr um 12 Prozent. Das entlastet die Industrieunternehmen, die direkt Strom an der Börse kaufen.

FRAGE 15)
Wie wollen Sie persönlich sicherstellen, dass angesichts dieser Vorhersage Deutschland jederzeit mit der erforderlichen Energie versorgt wird?

FRAGE 16)
Wie wollen Sie sicherstellen, dass zur Aufrechterhaltung dieser Versorgungssicherheit nicht auch Atomstrom aus Frankreich und Tschechien, bzw. Polen ins deutsche Netz gelangt?

Zu Frage 15) und 16):

Die Versorgungssicherheit ist eines der drei Schwerpunkte des Energiekonzepts der Bundesregierung.

Um die Netzstabilität zu sichern und Schwankungen in der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien auszugleichen, sind auch konventionelle Kraftwerke noch über einen langen Zeitraum erforderlich. Dabei setzt die Bundesregierung auf eine Modernisierung des Kraftwerkparks.

3) <u>Erreichung der Klimaschutzziele</u>

Faktenlage:
Im Umfeld der maßgeblich von Ihnen propagierten Festschreibung der Absenkung von CO2-Emissionen im Kyoto-Protokoll haben Sie sich persönlich für eine Festschreibung der Klimaschutzziele stark gemacht. Der Bundesverband der Deutschen Industrie/BDI hat ermittelt, dass die Abschaltung aller Kernkraftwerke zu einer Erhöhung der CO2-Eimssion von 28 Prozent führt (vgl. BDI in: Presseerklärung v. 24.4.2011 (http://www.bdi.ei/ Pressemitteilungen.Energiekostenstudie.24.4.2011.htm.Kernenergieausstieg)

Maßnahmen hierfür sind zum Beispiel das Planungsbeschleunigungsgesetz und die Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes. Damit wird der zügige Aufbau zusätzlicher Kapazitäten sichergestellt. Bis 2013 werden Gas- und Kohlekraftwerke mit einer Leistung von rund zehn Gigawatt ans Netz gehen. Bis 2020 muss noch einmal dieselbe Kraftwerksleistung hinzukommen. Deshalb hat die Bundesregierung u. a. die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung verbessert. Darüber hinaus werden derzeit im Kraftwerksforum des BMWi die künftigen Anforderungen an das Strommarktdesign, und somit auch die Rahmenbedingungen für Kraftwerksinvestitionen, erörtert.

FRAGE 17)
Wie argumentieren Sie heute, nach dem Energiewende-Beschluss, wenn Ihnen vorgehalten wird, die eigenen Klimaschutzziele dafür geopfert zu haben, um die Energiewende als plötzlich entwickelte neue politische Leitlinie für die Bundesrepublik Deutschland überhaupt in Gang setzen zu können?

Zu Frage 17):
Die Minderung der Treibhausgas-Emissionen um 40 Prozent bis 2020 und um mindestens 80 Prozent bis 2050 ist und bleibt erklärtes Ziel der Energie- und Klimapolitik der Bundesregierung.

Der Jahresbericht der AGEB für das Jahr 2011 belegt, dass

der Ausstoß von CO2-Emissionen um vier Prozent gesunken ist trotz der Tatsache, dass acht Kernkraftwerke in jenem Jahr vom Netz gingen.

Es bleibt das Bestreben der Bundesregierung, Wachstum und Energieverbrauch zu entkoppeln und die Emissionen des Energiesektors weiter zu senken. Dabei wurden bis heute in Deutschlands insbesondere durch den Ausbau der erneuerbaren Energien erhebliche Erfolge erzielt.

FRAGE 18)
Wie wollen Sie garantieren, dass Ihre eigenen Klimaschutzziele auch nur annähernd erreicht werden, wenn Sie auf der anderen Seite dafür Sorge tragen müssen, dass Kohlekraftwerke als Reservekraftwerke oder im direkten Betrieb die Versorgungssicherheit von Wirtschaft und Verbrauchern sicherstellen müssen?

Zu Frage 18):

Siehe Antwort auf Frage 15.

4) Akzeptanz in Wirtschaft und Bevölkerung

Faktenlage:
+++ „Der Kernenergieausstieg ist eine politisch falsche Entscheidung.... Die Energiewende bedeutet die Abkehr von Markt und Wettbewerb im Versorgungssektor und den Übergang zur Plan- und Staatswirtschaft. Ein solcher Plan führt in Zukunft zu ständig neuen Staatseingriffen in die Wirtschaft. Da diese Eingriffe nicht widerspruchsfrei sind und sein können, wird dies zu einer Würgespirale für Deutschland enden", RA Max Dietrich Kley, Mitglied des Aufsichtsrates der BASF, Ludwigshafen (in: Börsen-Zeitung v. 15.7.2011).

+++ „Wegen der Energiewende bekomme ich aus meiner US-Konzernzentrale zunehmend kritische Fragen, ob die Energiebereitstellung in Deutschland noch zu wettbewerbsfähigen Preisen möglich sein wird", Ralf Brinkmann, Deutschland-Chef des US- Chemieriesen Dow Chemical, (Handelsblatt v. 23.5.2012)

+++ „Die hohen Strompreise haben die Deindustrialisierung Deutschlands bereits eingeleitet", EU-Kommissar Günther Oettinger (`Die Welt` v. 24.5.2012).

FRAGE 19)
Lösen Statements wie diese, von denen es Hunderte inhaltlich gleichgelagerte gibt, in Ihnen persönlich Überlegungen aus, den Energiewendebeschluss noch einmal grundsätzlich zu überdenken?

Zu Frage 19):

Siehe Antwort auf Frage 7.

Faktenlage:
Prof. Dr. Gerrit Manssen von der Universität Regensburg kommt in einem umfangreichen Rechtsgutachten zu der Erkenntnis, dass die EEG-Umlage nicht mit der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland in Einklang steht. Er leitet seine Überzeugung aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes aus der Kohlepfennig-Entscheidung (BVerfG E 91, 186 ff.) ab.

FRAGE 20)
Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dieser Rechtsauffassung? Ist diese Rechtsauffassung Anlass für Sie, die Rechtmäßigkeit des Gesetzes, speziell der EEG-Umlage, noch einmal juristisch zu prüfen?

FRAGE 21)
Haben Sie inzwischen Vorsorge für den Fall getroffen, dass das Bundesverfassungsgericht die Rechtsauffassung teilt und die EEG-Umlage gleichermaßen für verfassungswidrig hält?

FRAGE 22)
Wenn ja, aus welchen Mitteln sollen für diesen Fall die bisher zugesagten mehr als 200 Milliarden Euro Fördermittel bezahlt werden, die Investoren nach dem EEG für die Abnahme des sog. Ökostroms rechtsverbindlich zugesichert bekommen haben?

FRAGE 23)
Wenn nein, wie wollen Sie politisch rechtfertigen, es in Kenntnis der Rechtslage versäumt zu haben, eine angemessene Alternative geschaffen zu haben?

FRAGE 24)
Ist Ihnen bekannt, dass inzwischen bereits Klagen bei deutschen Landgerichten anhängig sind, in denen die Frage der Verfassungsmäßigkeit der EEG-Umlage zum Gegenstand gemacht wurde?

Wir bitten um eine unverzügliche Beantwortung unserer Fragen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Axel J. Prümm
Leiter Energie- und Klimapolitik

Zu Frage 20):

Die Bundesregierung nimmt diese Rechtsauffassung zur Kenntnis und bleibt bei ihrer gründlich geprüften Ansicht, dass das Gesetz verfassungskonform ist.

Zu Frage 20) 21) 22) 23) 24):

Die Bundesregierung wartet etwaige Gerichtsverfahren ab und äußert sich zu laufenden Gerichtsverfahren grundsätzlich nicht.

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag
"das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung"

Related Files

- marktintern_bundespresseamt_q___a-pdf